

Ressort: Technik

Union stellt nach Terroranschlag EU-Datenschutzrichtlinie infrage

Berlin, 22.12.2016, 14:37 Uhr

GDN - Nach dem Berliner Terroranschlag deutet die Union an, die europäische Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation nötigenfalls aufweichen zu wollen. "Gerade der entsetzliche Terroranschlag in Berlin hat gezeigt, dass wir überall und jederzeit mit Anschlägen rechnen müssen", sagte die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker am Donnerstag.

Mit der Vorratsdatenspeicherung könnten beispielsweise die Ermittlungen von etwaigen Hintermännern, Gehilfen, Lieferanten von Schusswaffen und der Abläufe vor und nach einer schweren Straftat erheblich erleichtert werden. Die Union gehe derzeit davon aus, dass die aktuellen Regelungen den Vorgaben des EUGH entspreche. "Sollte wider Erwarten die Vorgabe nicht erfüllt sein, müssten wir die entsprechende europäische Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation dringend überprüfen", so Winkelmeier-Becker. "Der Staat muss in der Lage sein, seine Bürger vor den Tätern zu schützen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-82822/union-stellt-nach-terroranschlag-eu-datenschutzrichtlinie-infrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619